

EU-Parlament fordert mehr soziale Absicherung von Plattformarbeitern

Am 16. September 2021 hat das Europäische Parlament dem Initiativbericht der Französischen Delegierten Sylvie Brunet (Renew) zugestimmt. Darin bekundet das EU-Parlament die [Absicht zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie der sozialen Absicherung von Plattformarbeiter*innen](#). Die Resolution fordert die gleichberechtigte soziale Absicherung von Plattformarbeiter*innen und anderen Arbeiter*innen im Bereich der Versicherung, Gesundheit als auch der Kollektivverhandlungsmacht. Entsprechend dem Bericht müssten im Falle eines Rechtsstreits die Plattformfirmen selbst das Fehlen eines Anstellungsverhältnis nachweisen, damit Arbeiter*innen als Selbstständige gelten. Weiter sollten Fahrer*innen von Zustelldiensten mit angemessener Schutzausrüstung ausgestattet werden, sowie Anspruch auf Unfallversicherung haben. Und zuletzt, sollten Plattformbetreiber die Algorithmen zur Bewertung, Preisbestimmung und Auftragszuteilung transparent machen, damit diese angemessen reguliert werden können. Ein Gesetzesvorschlag ist bis Ende des Jahres oder Anfang kommenden Jahres geplant.

Studie: Bekämpfung von Armut und sozialer Exklusion bedarf EU-weiter Mindestsicherung

Seit langem stehen die Bekämpfung von Armut und sozialer Exklusion sowie die damit verbundenen sozialpolitischen Maßnahmen auf der Europäischen Agenda. Die Coronakrise hat das Thema jüngst wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit gebracht. So hat der Rat die „[Stärkung der Mindestsicherung zur Bekämpfung von Armut und Sozialer Exklusion in der COVID-19 Pandemie und danach](#)“ „beschlossen, was daraufhin auch vom Europäischen Parlament angenommen wurde. Allerdings hat sich seit Mitte dieses Jahres auch Widerstand formiert, wodurch das Projekt ins Stocken gekommen ist. Eine Studie hat das Thema wieder auf den Tisch gebracht.

Die Ende Juni veröffentlichte [Studie](#) der Fachabteilung Wirtschaft, Wissenschaft und Lebensqualität, der Generaldirektion für Interne Politikbereiche des Europäischen Parlaments, mit dem Titel „*Fighting poverty and social exclusion: Including through minimum income schemes*“, verdeutlicht die Notwendigkeit einer EU-weiten Strategie zur Bekämpfung von Armut. Durch Mindestsicherungsprogramme, kombiniert mit einer Palette weiterer multidimensionaler Maßnahmen, sollen Armut und soziale Exklusion bekämpft werden. Dazu werden in der Studie auch konkretere Politikempfehlungen erläutert.

Daneben bemängelt die Studie vor allem den schlechten Datenzugang und das Fehlen guter Indikatoren. Daher fordern die Studienautoren genauere Konzepte und Indikatoren zur Armutsmessung. Diese sind notwendig, um die Armutsbekämpfungsprogramme der Mitgliedstaaten evaluieren und verbessern zu können.

Legislativvorschlag: Vorstoß für Lohntransparenz nimmt an Fahrt auf

Nachdem die Europäische Kommission am 4.3.2021 einen [Richtlinien-Vorschlag zur Lohntransparenz](#) vorgelegt hat, wurde der Legislativvorschlag nun, am 30. September, in zwei Ausschüssen des EU-Parlaments (FEMM und EMPL) diskutiert. Die beiden Ko-Rapporteure der Ausschüsse begrüßen den Gesetzesvorstoß und streben einige Nachbesserungen an. Diese befassen sich etwa mit dem Recht auf Information, Gehaltsberichterstattung und Zahlungsverpflichtungen, Genderneutrale Job-Evaluation, die Rolle der Arbeitnehmervertreter, Intersektionalität, Gleichstellungsgremien und Kontrollorgane.

Auch über weitere Berichte wurde am 30. September im EP-Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter diskutiert. Nach Veröffentlichung des Berichts zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der Europäischen Union 2018-2020 (["Draft Report on the Equality between women and men in the European Union in 2018-2020"](#)), sowie darauffolgender Änderungsvorschläge zum Bericht, wurden am 30. September die Änderungsvorschläge im Ausschuss diskutiert und daraus gemeinsame Änderungsanträge gebildet. Über diese wird am 27. Oktober abgestimmt. Der Bericht fordert eine Reihe von Maßnahmen zur Schaffung eines gleichberechtigten Zugangs zu Arbeit, der Schließung des Gender-Pay-Gap, der Beseitigung prekärer Arbeit, sowie diskriminierender Praktiken von Unternehmen. Weiters standen noch Änderungsvorschläge zum Digital Services Act (DSA), sowie der Bericht über „adäquate Mindestlöhne in der EU“, am Programm, da auch diese das Thema der Gleichstellung der Geschlechter betreffen.

Kampf gegen Krebs: EU-Parlament und nationale Parlamente in Diskussion

Am 27. September hat der Sonderausschuss zur Krebsbekämpfung (BECA) des EU-Parlaments zu einer [interparlamentarischen Diskussion mit nationalen Parlamenten über den Kampf gegen Krebs in Europa](#) geladen. In der Diskussion wurden Erfahrungen und bewährte Maßnahmen in der Krebsbekämpfung ausgetauscht. Dabei wurde der Fortschritt in der Krebsforschung, Verbesserungen in den Behandlungsmethoden, sowie die Sicherung eines gleichen Zugangs zur Krebsbehandlung in der gesamten Union, diskutiert. Einige der Teilnehmer*innen betonten die Notwendigkeit, Ungleichheiten innerhalb der Mitgliedstaaten als auch zwischen diesen im Zugang zu medizinischer Vorsorge und Versorgung in Angriff zu nehmen. Daneben wurden noch Maßnahmen zur Förderung eines stärkeren Gesundheitsbewusstseins und Folgen der Covid-19 Pandemie für die Krebsbehandlung diskutiert. Eine Aufnahme der Diskussion ist [online](#) abrufbar.

Künstliche Intelligenz in der medizinischen Regulierung

In ihrem [Bericht](#) vom 6. August dieses Jahres, empfiehlt die Internationale Koalition von Regulierungsbehörden in der Medizin (ICMRA) eine Reihe von Maßnahmen zur [Regulierung der Nutzung von künstlicher Intelligenz in der Medizin](#). Unter „Künstliche Intelligenz“ (KI) fallen unterschiedliche Technologien, die zunehmend in der medizinischen und pharmakologischen Forschung, als auch in der klinischen Praxis Anwendung finden. Die Ausweitung von KI in der Medizin hat zahlreiche neue Herausforderungen hervorgebracht. Darunter etwa die fehlende Transparenz von Algorithmen und die damit einhergehenden Risiken, insbesondere das Risiko eines Ausfalls zentral genutzter KI-Technologien. Die Behörde empfiehlt daher einen risikobasierten Ansatz in der

Regulierung von künstlicher Intelligenz, sowie eine Ausweitung und Stärkung der Kontrollsysteme von Geldgebern, Entwicklern und Pharmaunternehmen in der Regulierung der Anwendung von KI. Dazu sind Regulierungsrichtlinien im Bereich der Entwicklung, Überprüfung und Nutzung von KI für medizinische Produkte gefordert.

EMA: Track and Trace Systeme für die öffentliche Gesundheit

Anfang August hat die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) [Empfehlungen zur Erleichterung der Nutzung von Track-and-Trace-Systemen auf globaler Ebene](#) gebilligt. Die Empfehlung wurde von der International Coalition of Medicines Regulatory Authorities (ICMRA) erarbeitet und beinhaltet zentral gemeinsame technische Nenner, die es den verschiedenen Systemen ermöglichen, die verfügbaren Informationen über Arzneimittel und ihre Lieferketten auszutauschen und zu nutzen, um die öffentliche Gesundheit zu schützen.

In einem globalisierten System von Arzneimittelherstellung und -vertrieb ist es für den Schutz von Lieferketten und der Gewährleistung der Patient*innensicherheit unerlässlich, dass Informationen zwischen den Regulierungsbehörden schnell ausgetauscht werden können. Bereits jetzt werden Systeme zur Rückverfolgung von Arzneimitteln genutzt, um das Risiko von Engpässen zu mindern und die Herstellung/Vermarktung von Arzneimitteln zu bekämpfen. Allerdings waren diese Rückverfolgbarkeitssysteme bisher mit lokalem bzw. regionalem Schwerpunkt konzipiert und vernachlässigten den Informationsaustausch auf globaler Ebene.

In den nun angenommenen Empfehlungen betonen die internationalen Regulierungsbehörden, dass die Interoperabilität von Rückverfolgungssystemen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit beiträgt, indem sie den Informationsaustausch im Falle von Qualitätsmängeln verbessert, Engpässe verringert, zur Bekämpfung gefälschter Arzneimittel beiträgt und Pharmakovigilanzaktivitäten unterstützt.

Podcast Empfehlung - ECDC: On Air

Seit Anfang August 2021 gibt es den neuen Podcast des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) zu hören. In „[ECDC: On Air](#)“ informiert die Behörde regelmäßig über aktuelle gesundheitliche Gefahren durch infektiöse Krankheiten in Europa. Die Zuhörer*innen erhalten dabei wertvolle Einblicke in die Arbeit der ECDC als auch in die Europäische Epidemiologie im Allgemeinen. Ein Podcast für Interessierte und Fachleute in dem Bereich.